Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. “Spiel mit dem Feuer”: Russland warnt die Ukraine, Frankreich und Großbritannien
2. Streit um EU-Haushalt: Merz will sparen, nur nicht bei der Aufrüstung
3. Dinosaurier-Waffen? Bundeswehr kauft für viele Milliarden Panzer
4. DIW-Konjunkturbarometer August: Deutsche Wirtschaft fasst langsam Fuß, Umfeld bleibt aber schwierig
5. Erneut Milliarden-Steuergeschenke für Großerben – Erbschaftsteuer muss endlich gerecht werden
6. Misstrauen macht schlechte Gesundheitspolitik
7. Kommunalwahl Niedersachsen: Öffentlichen Dienst attraktiver gestalten
8. Warum die Wahl-Verbote der Innenministerin Daniela Behrens das Amt kosten könnten
9. Panikmacher, Schattenkämpfer, Millionenspenden: Der blaue Testlauf in Sachsen-Anhalt
10. AfD gegen Bauhaus
11. Syrien: Mission erfüllt
12. Medien in Ungarn: Erwürgte Öffentlichkeit
13. Stadt in Texas will von der Industrie eine Dürreabgabe
14. „Selbstregulierung? Nein, danke!“ – Bill Gates fordert KI-Steuer und globale Abkommen
15. Nicht nur auf E-Autos setzen: Wie Österreichs Mobilitätswende klimafit und rohstoffsparend gelingt

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die*

NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **“Spiel mit dem Feuer”: Russland warnt die Ukraine, Frankreich und Großbritannien**
   Russland verschärft die Gangart gegen die Ukraine und zwei europäische Unterstützer-Länder. Kreml-Sprecher Peskow kündigte eine harte Reaktion auf ukrainische Angriffe auf die Wirtschaft an. In der Nacht hatte Russland bereits Stahlwerke in den Städten Saporischschja und Krywyj Rih, Logistikzentren in Kiew sowie eine Ölraffinerie angegriffen. Auch die Häfen von Odessa, Tschornomorsk und Reni wurden attackiert. Derweil warnte das Außenministerium Frankreich und Großbritannien davor, die Ukraine mit Marschflugkörpern auszustatten. Beide Staaten spielten “mit dem Feuer”, sagte Ministeriums-Sprecherin Sacharowa. Sie drohte London mit Angriffen auf britische Militärziele, sollten ukrainische Streitkräfte russisches Staatsgebiet mit britischen Raketen beschießen. Dies könne Ziele innerhalb und außerhalb der Ukraine betreffen. – Die Warnungen erfolgen kurz nach einem mysteriösen Besuch von CIA-Chef Ratcliffe in Moskau. Sie heizen die Spekulationen über den Krieg an.
   Quelle: Lost in Europe

   dazu: **Russland droht Großbritannien und Frankreich mit „unvorhersehbaren Konsequenzen“**
   Russland hat Großbritannien und Frankreich wegen der geplanten Weitergabe sensibler Raketentechnologie an die Ukraine vor „Konsequenzen, die völlig unvorhersehbar sein könnten“, gewarnt. Die beiden europäischen Staaten spielten „mit dem Feuer“, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Donnerstag. Sie drohte Großbritannien mit Angriffen auf britische Militärziele, sollten ukrainische Streitkräfte russisches Staatsgebiet mit britischen Raketen beschießen. Dies könne Ziele innerhalb und außerhalb der Ukraine betreffen. Sacharowa forderte Großbritannien auf, von seiner feindseligen Haltung im Ukraine-Konflikt abzurücken. Andernfalls drohe die Auseinandersetzung eine völlig neue Stufe zu erreichen.
   Quelle: Welt Online

2. **Streit um EU-Haushalt: Merz will sparen, nur nicht bei der Aufrüstung**
   Beim EU-Haushalt fordert der Kanzler drastische Kürzungen, etwa für Bauern. Beim eigenen Verteidigungsetat hört die Sparsamkeit aber plötzlich auf.

Friedrich Merz will Europas Haushalt zusammenstreichen – aber nur den Teil, der nicht ins eigene Aufrüstungsprogramm passt. Am Donnerstag empfängt der Bundeskanzler mehrere Staats- und Regierungschefs der sogenannten Nettozahlerstaaten im Kanzleramt – darunter Vertreter aus Dänemark, Österreich, Finnland und den Niederlanden. Der Regierungssprecher Stefan Kornelius ließ offen, ob die Teilnehmerliste final ist, machte aber deutlich, worum es geht: Länder, die den mehrjährigen EU-Finanzrahmen für 2028 bis 2034 noch in diesem Jahr abschließen wollen – und zwar deutlich kleiner, als es sich die EU-Kommission vorstellt.
Quelle: Berliner Zeitung

3. **Dinosaurier-Waffen? Bundeswehr kauft für viele Milliarden Panzer**
   Die Ausgaben für Panzer im Verhältnis zu Drohnen erscheinen angesichts des Drohnenkriegs in der Ukraine, in dem vermehrt von beiden Seiten auch bereits Bodenroboter eingesetzt werden, als eine Fehlinvestition. Entsprechende Kritik daran wurde auch an Verteidigungsminister Pistorius gerichtet. Nicht nur wegen der Überwachungs- und Kampfdrohnen sind Panzer keine Wunderwaffen mehr, sondern auch wegen der besseren Panzerabwehrwaffen und der Minenfelder. Letztlich sind das Subventionen für die großen deutschen Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall und KNDS Deutschland, die, geht man von der propagierten Bedrohung durch Russland aus, unsinnig sind, aber mit Zinsen von allen Bürgern bezahlt werden müssen. Insgesamt wurden 123 Leopard 2 A8 im Wert von 3,4 Milliarden Euro bestellt. Dazu sollen noch einmal 75 kommen. 200 Puma-Schützenpanzer wurden für 4,2 Milliarden Euro, 150 Radschützenpanzer „Schakal“ für 3,4 Milliarden und 296 Transportpanzer für 960 Millionen bestellt.
   Leichte Beute für Drohnen
   Gut die Hälfte der Leopard-Panzer, die in die Ukraine geliefert wurden, sind zerstört, beschädigt oder erbeutet worden, manche sagen auch alle. Wie viele noch einsatzfähig sind, ist nicht bekannt, oft fehlen Ersatzteile. Wie unsinnig die Panzerkäufe angesichts des aktuellen Krieges in der Ukraine sind, hat gerade ein Bericht in der New York Times über den Einsatz oder eher das Schicksal der Panzer aus dem Westen erläutert.
   Quelle: Overton Magazin
4. **DIW-Konjunkturbarometer August: Deutsche Wirtschaft fasst langsam Fuß, Umfeld bleibt aber schwierig**
   Das Konjunkturbarometer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) setzt sein Auf und Ab fort. Nach dem deutlichen Rückgang im Juli steigt es im August um gut fünf auf nun 96,4 Punkte und kommt damit der

neutralen 100-Punkte-Marke, die ein durchschnittliches Wachstum der deutschen Wirtschaft anzeigt, wieder näher. „Das in den vergangenen Monaten schwankende DIW-Konjunkturbarometer spiegelt das insgesamt instabile konjunkturelle Bild wider – so langsam scheint die deutsche Wirtschaft aber Fuß zu fassen“, sagt DIW-Konjunkturchefin Geraldine Dany-Knedlik. Die Anzeichen für eine Belebung mehren sich: Die Exporte haben zuletzt einen neuen Höchstwert erreicht, besonders die Nachfrage nach Gütern „Made in Germany“ aus dem europäischen Ausland ist robust. Auch Stimmungsindikatoren deuten einen vorsichtigen Optimismus in der deutschen Wirtschaft an. Im zweiten Quartal legte die Wirtschaftsleistung unerwartet kräftig um 0,3 Prozent zu.
Quelle: DIW

5. **Erneut Milliarden-Steuergeschenke für Großerben – Erbschaftsteuer muss endlich gerecht werden**
   34 Großerb*innen erhielten im Jahr 2025 Steuererlasse von insgesamt 3,7 Milliarden Euro. Das zeigen neue Zahlen des Statistischen Bundesamts zur Erbschaft- und Schenkungsteuer. Möglich macht das die 2016 eingeführte Verschonungsbedarfsprüfung für Unternehmensvermögen oberhalb von 26 Millionen Euro. Superreiche Unternehmenserb*innen zahlen in Deutschland damit faktisch kaum Erbschaftsteuer. Die Großerb*innen erhielten zusammen Vermögen von etwa 12 Milliarden Euro. Darauf mussten sie im Durchschnitt nur rund 2 Prozent Erbschaftsteuer zahlen, weil ihnen 94 Prozent der festgesetzten Steuer erlassen wurden.
   Quelle: DGB
6. **Misstrauen macht schlechte Gesundheitspolitik**
   Die Krankschreibungsreform der Bundesregierung wird absehbar zu mehr Ansteckungen, Bürokratie und überlasteten Praxen führen. Verdacht und Kontrolle im Gesundheitsbereich machen Gesellschaften nicht produktiver, sondern kränker.
   Friedrich Merz ist zurück aus dem Urlaub und will nun die Reformen angehen, die sein Kabinett vor der Sommerpause beschlossen hatte. Denkt man etwa an die vorgeschlagenen Änderungen im Gesundheitsbereich, ist das eine schlechte Nachricht für alle, die ab und zu mal krank sind. Denn wer sich in Zukunft krank meldet, muss damit rechnen, schon ab dem ersten Tag beim Arzt zu sitzen, nicht weil es medizinisch notwendig wäre, sondern weil die Regierung es so will.
   Quelle: Jacobin

dazu: **Merz liefert sich Schlagabtausch mit Kinderärztin**
In der TV-Sendung »Am Tisch mit Friedrich Merz« hat eine Kinderärztin den Kanzler hart für Kürzungen im Gesundheitswesen kritisiert. Merz wies scharf zurück, dass er »vorsätzlich die Zukunft dieser Kinder zerstöre«.
Bundeskanzler Friedrich Merz hat sich in einer TV-Runde einen scharfen verbalen Schlagabtausch mit einer Kinderärztin geliefert. Die Ärztin aus Niedersachsen fragte den Kanzler in der RTL-Sendung »Am Tisch mit Friedrich Merz« von Moderatorin Pinar Atalay, die heute um 22:15 Uhr ausgestrahlt wird, warum er seinen Amtseid breche und menschenverachtende und zerstörerische Gesetze wie das Sparpaket bei den Gesundheitsausgaben erlasse. »Das geht jetzt ein bisschen über das normale Maß der Kritik hinaus«, antwortete Merz. »Das ist eine persönliche Herabsetzung, die geht zu weit.«
Quelle: DER SPIEGEL

7. **Kommunalwahl Niedersachsen: Öffentlichen Dienst attraktiver gestalten**
   Vor Kurzem hat die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) berichtet, dass es in der Kfz-Zulassungsstelle Hannover aufgrund von Personalmangel zu Problemen gekommen ist. Beschäftigte beschwerten sich, massiv unter Druck gesetzt worden zu sein, um das Arbeitspensum zu bewältigen. Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats sprach von einem Umstand, der „absolut nicht zu akzeptieren“ sei. Soll der öffentliche Dienst seine Aufgaben erfüllen, ist eine gute Personalausstattung unabdingbar. Genau dieser Aufgabe müssen sich alle Mandatsträger*innen nach der niedersächsischen Kommunalwahl am 13. September
   mit Hochdruck widmen.
   Quelle: DGB Niedersachsen #schlaglicht
8. **Warum die Wahl-Verbote der Innenministerin Daniela Behrens das Amt kosten könnten**
   War es richtig, vier AfD-Politikern die Bewerbung für Landrats- und Bürgermeisterposten zu verwehren? Ein Blick in die Unterlagen dazu nährt die Zweifel am Verfahren. […]
   Das Innenministerium hätte erkennen müssen, dass dieser weitreichende Eingriff in das passive Wahlrecht von Kandidaten nicht in die Hände der ehrenamtlichen Wahlausschüsse gehört. Man hätte das Gesetz dahingehend ändern müssen, die schwierige Frage einer Verfassungstreue-Prüfung den Wahlausschüssen zu entziehen. Der einzig richtige Weg ist, die Beamten-Eignung eines gewählten Bürgermeisters und Landrats nach dessen Wahl

durch ein unabhängiges, mit juristischem Fachverstand ausgestattetes Gericht beurteilen zu lassen. Also nach der Wahl, nicht vor der Wahl. Doch Rot-Grün verzichtete darauf und legte stattdessen noch mehr Gewicht auf die Wahlausschüsse. Nicht nur das, mit der Gesetzesänderung wertete Rot-Grün auch noch die Rolle des Verfassungsschutzes als Gutachten-Instanz auf. Das war der zweite Kardinalfehler. Plötzlich sollten die Dossiers dieser Behörde die Grundlage für eilig zu treffende Kandidatur-Verbote sein. In den fünf Fällen, in denen Bewerbern der Antritt zur Wahl untersagt wurde, geschah das dann auch so. Die Dossiers des Verfassungsschutzes wurden – meistens stillschweigend, ohne Nachfragen – von den Wahlausschuss-Mitgliedern akzeptiert.
Quelle: Rundblick

9. **Panikmacher, Schattenkämpfer, Millionenspenden: Der blaue Testlauf in Sachsen-Anhalt**
Knapp zwei Wochen vor der Landtagswahl grassieren in Sachsen-Anhalt Aggression und Wahnsinn. Die selbsternannte bürgerliche „Mitte“ führt einen Schaukampf gegen die AfD und umgekehrt. Doch beide „Lager“ sind sich näher als suggeriert – und klüngeln seit Jahren rege hinter den Kulissen. (…)
Weder Mainstream noch Alternativmedien sprechen gern darüber, dass das AfD-Programm sich inhaltlich viel weniger von dem der CDU unterscheidet, als vielfach angenommen. Ein prägnantes Bullshit-Beispiel klingt direkt wie abgeschrieben von einer der Unionsparteien: Die AfD will „das Christentum besonders fördern“ – ausgerechnet in dem Bundesland mit dem geringsten Anteil an Kirchenmitgliedern von nicht einmal 14 Prozent. (…)
In Sachen Steuern hat Siegmunds Partei wohl rege bei US-amerikanischen Tech-Oligarchen abgekupfert. Sie will sogar „Sonderwirtschaftszonen in Sachsen-Anhalt prüfen“ lassen. Gemeint sind Gebiete, in denen Konzerne kaum oder keine Steuern zahlen und normale Arbeitsrechte für Beschäftigte nicht gelten. Das ist nach derzeitiger Rechtslage zwar nicht durchsetzbar. Doch Gesetze kann man perspektivisch ändern.
Sonderwirtschaftszonen sind ein Fetisch sogenannter Marktlibertärer. Das sind neoliberale Extremisten wie die Tech-Milliardäre Elon Musk und Peter Thiel. Und wer hätte das gedacht: Auch in der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung finden solche marktradikalen Hirngespinste großen Anklang. Da kann man sich schon einig werden. (…)
Von wegen also, die AfD sei weniger neoliberal als Union, Grüne, SPD oder FDP. Das verträgt sich wunderbar mit einem autoritären Staat, wie man in Ansätzen bereits erleben kann.

Quelle: RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu z.B. auch Wie die NSDAP? Echt jetzt? und dazu: Politologe erklärt eine Fehlannahme von AfD-Wählern mit einer Anmerkung, in der auch weiterführende Links enthalten sind.*

10. **AfD gegen Bauhaus**
Anfang September wird die AfD in Sachsen-Anhalt die Wahl gewinnen. Das Feindbild Nummer 1 steht fest: «Antideutsche» Kultur.
Am dritten Tag zurück im guten, alten Deutschland, also Berlin, musste ich feststellen, die Stimmung war da schon deutlich besser, man hat das Gefühl, die Menschen brüllen sich nur noch gegenseitig an und vor den Toren lauert die AfD. Ich war ja gewarnt durch Surfen auf X. Ulf Poschardt, ehemaliger «Welt»-Chefredaktor, tobt seit Monaten, ja vielleicht auch Jahren wegen Berlin, die Stadt sei asozial und voller «Shitbürger» und «Bückbürger» und Linken, die neidisch auf seinen Ferrari seien, und antisemitische Fanatiker seien ausser Rand und Band und bald werde es wohl zu Enteignungen kommen, denn nichts lieber würden die Deutschen und ganz speziell die Berliner tun, als anderen ihren Erfolg zu neiden, statt erfinderisch zu sein wie Elon Musk. Man erwartet Bürgerkrieg, aber zuerst einmal gibt es Pommes mit Béchamelsauce und einem grossen Bier in der Paris Bar.
Man fragt sich schliesslich, ob Berlin wirklich das Problem ist oder nicht doch eher Ulf Poschardt ein Symbol für eine Zeit, in der sich Menschen tourettesyndrommässig in den sozialen Medien daueranschreien und vom Gegenüber grundsätzlich das Schlechteste annehmen.
Quelle: Infosperber
11. **Syrien: Mission erfüllt**
Elf Jahre nach ihrer Gründung wurden die Demokratischen Kräfte Syriens aufgelöst und in die syrische Armee integriert. Dies erfolgte nach einem US-Plan
Die Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) sind Geschichte. Am Dienstag abend verkündete deren Generalkommandant Mazlum Abdi in Damaskus die Auflösung des Militärbündnisses, das als Verteidigungskraft der nordostsyrischen Autonomieregion Rojava im vergangenen Jahr noch rund ein Drittel Syriens kontrolliert hatte.
Mit Abschluss der »Integration« der SDF als Brigaden in die syrische Armee sei die bisherige Mission der SDF beendet, erklärte Abdi nach einem Treffen mit

Syriens islamistischem Präsidenten Ahmed Al-Scharaa. Er hoffe, »dass der heutige Tag den Beginn eines wirklichen Wandels markiert – von den Schlachtfeldern zu den Orten des Wiederaufbaus, von der Zeit der Waffen zur Zeit des Friedens und von der Vereinigung Syriens zum Aufbau Syriens.«
Quelle: junge Welt

dazu: **Syrien unter al-Sharaa: Eine politische Analyse**
Die syrische Übergangsregierung handelt zunehmend so, als sei ihre Herrschaft von Dauer. Unter Ahmed al-Sharaa wurde die Macht immer stärker zentralisiert, während grundlegende Fragen der Menschenrechte, der Übergangsjustiz, der nationalen Souveränität und des Einflusses ehemaliger HTS-Funktionäre (Hay'at Tahrir al-Sham) weiterhin ungeklärt bleiben. Welche Folgen hat dies für die Einheit Syriens und seine politische Zukunft? Eine Analyse von Nour Kanj.
Wie bereits frühere Analysen zur Entwicklung Syriens untersucht auch dieser Beitrag die politische Entwicklung des Landes anhand des Handelns der gegenwärtigen Machthaber und der ideologischen Grundlagen ihrer Herrschaft. Zudem fragt er, ob und in welchem Umfang sie die Interessen des syrischen Staates und seiner Gesellschaft insgesamt vertreten können.
Quelle: etos.media

12. **Medien in Ungarn: Erwürgte Öffentlichkeit**
Als erstes EU-Land besitzt Ungarn seit dem 1. August dieses Jahres keine gedruckte politische Tageszeitung mehr. Im Gespräch mit Éva Péli analysiert Gábor Stier, langjähriger Außenpolitik-Chef der Zeitung «Magyar Nemzet» (Deutsch: «Ungarische Nation»), den Niedergang einer ganzen Zeitungskultur, politische Einflussnahme und die Folgen des digitalen Wandels.
Quelle: Globalbridge
13. **Stadt in Texas will von der Industrie eine Dürreabgabe**
Trotz Dürre dürfen Industrien in Corpus Christi weiter unbegrenzt Wasser verbrauchen. Das sei ungerecht, findet die Bevölkerung.
Corpus Christi, Texas, gehört zu den Städten, in denen das Wasser oft knapp ist. Anfang August waren die Wasserreservoire schon den 29. Monat in Folge weniger als 30 Prozent voll. Während Schulen und Kleinunternehmen bei Dürre Wasser sparen mussten, durften Grossverbraucher aber weiterhin so viel Wasser verbrauchen, wie sie wollten.
Grund dafür ist eine Art Freikauf-Gebühr, die 2018 eingeführt wurde. Grosse industrielle Verbraucher bezahlen dabei jeden Monat zusätzlich 31 Cent pro

1000 Gallonen (3,8 Kubikmeter) Wasser, auch wenn keine Dürre herrscht. Dafür sind sie von Einschränkungen ausgenommen, wenn das Wasser knapp wird. Für Durchschnittsverbraucher und kleine Unternehmen gibt es diese Möglichkeit nicht. Viele Einwohnerinnen und Einwohner finden das ungerecht.
Quelle: Infosperber

14. **„Selbstregulierung? Nein, danke!“ – Bill Gates fordert KI-Steuer und globale Abkommen**
In einem Interview mit der New York Times betont Gates, dass KI bald eine Bedrohung für Arbeitsplätze und das Leben aller Menschen darstellen könnte. Die Technologiebranche spiele die Gefahren bewusst herunter, da für die Unternehmen hohe finanzielle Interessen auf dem Spiel stünden. „Im Privaten sind die Menschen, die verstehen, wie gut diese Dinge sind und wie viel besser sie werden, sehr besorgt“, erklärt er. (…)
Die Entwicklungen im Bereich der KI hätten Gates’ Erwartungen weit übertroffen. Aufgrund der enormen Gewinne, die mit KI erzielt werden können, äußern nur wenige Führungskräfte der Tech-Branche ihre Bedenken öffentlich. Gates habe sich entschieden, zu handeln, weil die jüngsten Fortschritte der KI seine Erwartungen übertroffen hätten.
Quelle: FR Online

dazu: **Bill Gates warnt vor Risiken bei KI und fordert Steuern auf Roboter**
Der Mitgründer von Microsoft, Bill Gates, hat vor den gesellschaftlichen Risiken künstlicher Intelligenz (KI) gewarnt. Bislang habe niemand einen konkreten Plan, wie sich die Gefahren der Technologie begrenzen ließen, schrieb Gates in einem Blogbeitrag. Er forderte, bestimmte Tätigkeiten auch dann Menschen vorzubehalten, wenn KI sie deutlich schneller erledigen könne.
»KI wird entweder der größte Gleichmacher sein, der je erfunden wurde, oder die schlimmste Quelle von Ungerechtigkeit«, schrieb der 70-Jährige. Gates warnte dabei besonders vor dem Verlust von Arbeitsplätzen. Vor allem junge Menschen könnten es künftig schwer haben, überhaupt eine Stelle zu finden.
Quelle: Zeit Online

Anmerkung Christian Reimann: *Ist es glaubwürdig, dass ausgerechnet Herr Gates sich jetzt Sorgen um die „Arbeitsplätze und das Leben aller Menschen“ macht? Nein. Wo waren denn seine Sorgen während der merk-würdigen Coronazeit? Zahlreiche Leben wurden ge- und zerstört und viele Menschen haben Probleme mit der Arbeit bekommen. Die jüngst veröffentlichten Fauci-*

Tagebücher offenbaren die Rolle dieses Philanthropen genannten US-Oligarchen auf die Corona-Ereignisse.

15. **Nicht nur auf E-Autos setzen: Wie Österreichs Mobilitätswende klimafit und rohstoffsparend gelingt**
E-Autos reduzieren Auspuffemissionen, doch sie erhöhen den Bedarf an kritischen Rohstoffen. Deren Abbau verursacht massive ökologische und soziale Schäden. Unsere Analyse zeigt, dass der Material- und Energiebedarf deutlich sinkt, wenn wir auf kleinere Fahrzeuge, weniger Neuzulassungen, Sharing und starke Öffis setzen – begleitet von guter Raumplanung.
Quelle: A&W blog